

# Lebener Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Leber

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefabfertigung: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Leber: Frau Kaufmann Weib, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22632

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Postamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Leber — Bankverein Atern.

Nr. 147

Donnerstag, den 11. Dezember 1930.

43. Jahrgang

## Weiter auf dem Weg!

Die Regierung vor neuen Aufgaben.

Berlin, 9. Dezember.

Die Entscheidung des Reichstages hat der Regierung einen großen Erfolg gebracht. Aber es ist nicht Zeit, stillzustehen, nicht einmütig Zeit, nachhaken zu halten. Kanalar und Finanzminister haben bei den Beratungen im Reichsrat und auch bei den Debatten im Reichstag, in privaten und offiziellen Besprechungen immer und immer wieder betont, daß das Sanierungswert die Voraussetzung für die Lösung der Probleme darstellt, die die Wirtschaftspolitik und die Arbeitslosenfrage Deutschland stellt. Die Voraussetzungen sind erfüllt. Nun gilt es, deren Erfüllung zu sichern.

Die Arbeitslosenziffer bleibt das Barometer für die wirtschaftliche und für die politische Sanierung der deutschen Nation, ohne die die Sanierung des Finanzwerks ein Scheitern ist. Dies sind die nächsten Sorgen des Heuts und des Morgen.

Es ist nicht überbunden, sind, ist Disziplin über außenpolitische, über außenpolitische Aktivierung, über außenpolitische Regenerierung nicht in erster Linie notwendig, so aber ein Uebel. Eine Nation kann nur dann eine starke Außenpolitik treiben, kann nur dann außenpolitische Aktivitäten mit Aussicht auf Erfolg unternehmen, wenn sie nicht in sich geschwächt ist. Wir haben wohl inzwischen alle begriffen, daß die Revision der Reparationspolitik im Youngplan deshalb nicht in allem die Ziele erreicht hat, die nicht nur im Interesse Deutschlands sondern auch der Welt gelegen hätten, weil die deutschen Delegierten hinter sich ein in seinen Finanzen auf schwererem Territorium und geschwächtem Land gehabt haben. Ein zweites Mal darf eine deutsche Delegation nicht mit geschwächten Retieren in die Verhandlungen gehen. Ein Land mit einem Heer von drei bis vier Millionen Arbeitlosen aber verliert nicht über die Wirtschaft, die es zur Bewältigung des Erfolges braucht.

Weiter auf dem Weg! Arbeitslosenfrage, Preis- und Lohnproblem, dann Außenregierung. Das sind die Kernaufgaben, die es jetzt zu erfüllen gilt. Man kann und muß nur die Hoffnung wachhalten, daß es gelingt, auch über die letzten Schwierigkeiten des Augenblicks hinwegzukommen und in langer Weihnachtspause neue positive Aufgaben zu stellen, an der die erteilten gewandten Parteien sich dann wiederum orientieren können. Auf dem Wege bleiben und weiter auf diesem Weg! Das ist die Parole, die man in dieser Stunde allein der Regierung geben kann.

## Die Strafrechtsreform im Reichstag.

Da der vorige Reichstag vor seiner Auflösung ein Ueberleitungs-gesetz für die Strafrechtsreform nicht beschloß, hat, ist an sich im Reichstage zunächst eine Fortführung dieses Gesetzes, das nun schon zwei Reichstage mehrere Jahre hindurch beschäftigt hat, zunächst nicht möglich. Es müßte erst von der Regierung eine neue Vorlage eingebracht werden.

Am diesen Weg abzurufen und eine Fortführung der Strafrechtsreform zu ermöglichen, hat jetzt der frühere Vorsitzende des Strafrechtsausschusses, Abgeordneter Dr. Kauf, im Unterhause der Fraktion der Deutschen Volkspartei, das ganze Strafgesetzbuch als Antrag im Reichstag eingebracht.

## Die Pensionen in Deutschland.

1,9 Milliarden Rm. — 1,5 Millionen Pensionäre.

Zu dem in der letzten Zeit mehrfach erörterten Thema wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Der Gesamtaufwand für Versorgung und Ruhegehälter beträgt nach dem Vorschlag des Reichsausschusses für 1930 381 Millionen Rm. Hieron entfallen auf Beamte und Beamtinnenhinterbliebene einschließlich der ehemaligen und der neuen Wehrmacht 143,5 Millionen, auf Offiziere und Offiziershinterbliebene der neuen Wehrmacht 20 Millionen, auf Offiziere und Offiziershinterbliebene der ehemaligen Wehrmacht 164 Millionen, auf Kapitulanten der ehemaligen Wehrmacht einschließlich der Hinterbliebenen 5,3 Millionen, auf Uebertragungsbesitzende beziehende Soldaten der neuen Wehrmacht (im eigentlichen Sinne also keine Pension, sondern Unterhaltsgehältern für die Versorgungsanwärter der neuen Wehrmacht, für die eine Beschäftigung im Zivildienst nicht vorhanden ist) 45,7 Millionen, auf Rentempfänger der neuen Wehrmacht einschließlich der Hinterbliebenen 2,5 Millionen. Das ist der Pensionaufwand für das Reich.

Hierzu treten die Aufwendungen für die Post mit 240 Millionen und für die Bahn mit 480 Millionen Rm. Das sind zusammen, nun also mit den Betriebsbeamten von Post und Bahn, erst 1,1 Milliarden Rm. Werden nun die in den Ländern und Gemeinden gewährten Pensionen im Betrage von 807 Millionen Rm. hinzugerechnet, so ergibt sich nunmehr ein Pensionaufwand von 1,9 Milliarden Rm. Die Pensionempfänger — Beamte und Beamtinnenhinterbliebene des Reiches, Offiziere und Offiziershinterbliebene der alten und neuen Wehrmacht, Kapitulanten der alten Wehrmacht und ihre Hinterbliebene, unbefähigte Versorgungsberechtigte der neuen Wehrmacht, Rentempfänger und ihre Hinterbliebene der neuen Wehrmacht, Pensionäre bei der Post, bei der Bahn, in den Ländern und Gemeinden und ihre Hinterbliebene — zusammengezählt und diese in 1,9 Milliarden teilen. Jeder fließt mit Ausnahme von Reich, Post

und Bahn Angaben über die Zahl der Pensionäre der Länder und Gemeinden nicht über ihren Hinterbliebenen nicht vor. Schätzungsweise ist aber ihre Zahl 1,5 Millionen. Es ergibt sich, daß auf den einzelnen Pensionempfang im Durchschnitt 1300 Rm. demnach das Doppelte des auf die Unterhaltungsempfänger der öffentlichen Fürsorge kommenden Betrages, entfallen. Dieses Mehr findet seine Erklärung und Berechtigung wohl darin, daß es sich bei den Pensionen um Rechtsansprüche auf vormer einbehaltene Gehaltsanteile handelt und nicht, wie bei der Fürsorge, um freiwillige und zufällige Ausgaben, welche die Defizitstellung zur Verringerung von Not aufbringen muß. Zu diesen 1,9 Milliarden Rm. muß jeder Beamte und Pensionär durch seine Steuern auch beitragen.

## Pensionstüzungsgesetz im Reichstag.

Eine langatmige Debatte.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und teilt mit, daß mehrere Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei ihre Abtinnung am Sonnabend berichtigt hätten. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Pensionstüzungsgesetzes.

Abgeordneter Rothmann (Soz.) wendet sich gegen Artikel des „Wirtschaftlichen Beobachters“, in denen behauptet wird, daß nicht weniger als 30 sozialdemokratische „Bonzen“ Ministerpensionen erhalten. Diese verteilungsbefreienden Angaben seien durchaus unmaß. Die Denkschrift der Reichsregierung über die Großpensionäre bemerke, daß die meisten Empfänger von Großpensionen bis zu 14 000 Mark gerade die geschworenen Feinde der Republik seien. Die meisten dieser Gehaltsempfänger hätten aber in der nationalsozialistischen Fraktion, (Vorb. Hörs, hört links). Die Sozialdemokratie habe wiederholt eine Kürzung der Großpensionen bei den Doppelrenten verlangt. Das Gesetz schneide nicht nur auf Reich, Länder und Gemeinden beschränkt sein, es müsse auch Reichsbahn und Reichsbank umfassen. Unerträglich sei seine Befristung für wenige Jahre und das Fehlen einer Höchstpensionsgrenze.

Abgeordneter Sprenger (Nat. Soz.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß der Verrat von 1918, der gar keine richtige Revolution gewesen sei, nur das Ziel hatte, Beamtenstellen für die Bonzen fest zu machen. Vor der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion seien 20 Beamte ohne berufliche Vorbildung, (Wärm und Hörs, hört bei den Nat. Soz.). Bei der Personalabgabeverordnung und der Gehaltskürzung hätten die Sozialdemokraten bewiesen, daß sie die Rechte der Beamten mit Füßen treten. Mit der Pensionierung werden die Beamten wieder einseitige Opfer zugemutet, während nichts geschieht gegen die Hochperräter, die ihr Kapital ins Ausland verpacken haben.

Abgeordneter Vorenger (Dnt.) behält sich die ausführliche Stellungnahme für die zweite Lesung vor und gibt lediglich eine Erklärung ab. Er nennt das Gesetz ein typisches Kind des Marxismus. Die Pensionierung bei Arbeitslosigkeit eines Beamtenformens bedeute, daß Arbeitswille und Arbeitsfreude bestraft werden. Am Schluß der Erklärung heißt es, daß die deutschnationale Fraktion den wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes nicht zustimmen könne.

Abgeordneter Förgler (Komm.) wirft den Nationalsozialisten vor, daß sie im Wahlkampf gleichfalls gegen die Beamten gehegt hätten. Die kommunistische Partei verlange die Festschließung einer Höchstpensionsgrenze von 6000 Mark.

Abgeordneter Dr. Rone (Ztr.) betont, daß in einer Zeit der allgemeinen Notstand vor allen Schichten Opfer gebracht werden müßten. Auch an den hohen Pensionären dürfe man nicht vorbeigehen. Das Auftreten der Nationalsozialisten setze in starkem Widerspruch zu ihrer Haltung im Wahlkampf, wo sie die hohen Pensionen heftig bekämpften.

Abgeordneter Morath (DWB.) stellt fest, daß keine Partei den vorliegenden Vorschlag ablehnen müsse, da er an den Grundlagen des Berufsbeamtentums rüttelte. (Hört! hört! l. Ztr.) Man sollte eine neue Beamtenschaft durch ein Gesetz, das doch nur eine Verbeugung vor der Straße sei, vermeiden, zumal die Beamten schon den Hauptanteil an den Opfern für das Reich aufbringen müßten.

Hg. Rauch-Winchen (Bayer. Vp.) hält es bei der großen Arbeitslosigkeit nicht für anständig, daß die Bezieher von Ruhegehalt und Vortage andere Reichsen von Arbeitsplatz verdrängen. Der vorliegende Entwurf gehe darüber aber weit hinaus.

Darauf werden die Beratungen unterbrochen zwecks Vornahme der am Sonnabend zurückgestellten Abstimmungen zur Notverordnung.

Ein kommunistischer Antrag, in der Notverordnung die Deckungsmaßnahmen für den Haushalt und die Bestimmungen über die Festsetzung von Einnahmen für die Gemeinden zu freieren, wird in namenhafter Abstimmung mit 294 gegen 202 Stimmen abgelehnt.

Desgleichen wird namentlich abgelehnt über den kommunistischen Antrag, die Höchstgrenze für alle Gehälter in öffentlichen Körperschaften auf 8000 Mark und für Pensionen auf 6000 Mark festzusetzen.

Der Antrag wird mit 454 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Die weiteren kommunistischen Anträge, alle Vermögen über 500 000 Mark, Einkommen über 50 000 Mark, Divi-

den und Ausstattungsanstalten mit einer Sondersteuer von 20 Proz. zu belegen, werden mit 319 gegen 197 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

## Keine Weihnachtstrie

Außenpolitische Debatte im Reichsrat

Berlin, 10. Dezember.

Das Ergebnis der gefrigen mit Spannung erwarteten Reichstagsabstimmungen war, daß die Reichsregierung sich dem Parlament gegenüber erneut durchzusetzen hat. Die außenpolitische Debatte ist in die Zeit nach der Winter-Tagung, also auf Anfang Februar, hinausgeschoben worden. Es ist dem Druck, der von mehreren Seiten auf die Christlich-Sozialen ausgeübt wurde, gelungen, auch sie zum Einlenken zu bewegen, und selbst die Wirtschaftspartei, die noch vor wenigen Tagen ein Mißtrauensvotum eingebracht hatte, hat sich jetzt bereit gefunden, im Sinne der Regierungswünsche zu stimmen. Zu dieser Entwicklung dürfen nicht zuletzt auch die Bemühungen des Oberpräsidenten Aufsehenderseihen beigetragen haben, der gettern im Reichstag zu leben war. Er ist zwar nicht, wie Berliner Blätter wissen er hat hoch, offenbar nicht ohne Erfolg, versucht, den Angeordneten die schwierige Situation in Oberhiesien klar zu machen.

Wenn im gemäßigten Lager noch nicht klar war, daß bei diesem Reichstag eine außenpolitische Debatte vor der Winter-Tagung einfach nicht möglich ist, ohne daß die deutschen Interessen schwer geschädigt werden, den hat offenbar die Geschäftsaussprache von der Unmöglichkeit überzeugt. Der Reichstag war eine Stunde lang ein einziges Branden und Loben der radikalen Parteien, die sich gegenseitig mit Vorwürfen und Beschimpfungen überhäuferten. In politischen Kreisen der Mitte begrüßt man es deshalb außerordentlich, daß die ganze Frage nun bis zum Februar vertagt worden ist. Selbst wenn sich die gefrigen Anträge und die Gehaltskürzungsabgabe am Mittwoch übergeben sollten, ist sicher damit zu rechnen, daß sie die gleiche Mehrheit gegen sie finden wird wie am Dienstag. Dies gilt auch für die Behandlung der deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen Dr. Curtius, Dr. Wirth und Treutmann, die damit ebenfalls als auf Februar vertagt gehen können. Damit sieht man im Reichstag die Wendung dafür gegeben, daß nun mit einer Weihnachtsstille nicht mehr zu rechnen ist.

## Dingelhey über Gegenwartsfragen.

Zur Mitarbeit der Nationalsozialisten.

Magdeburg, 9. Dezember.

In einer Rede vor dem Vertreter der Magdeburger Magdeburger-Anhalt der Deutschen Volkspartei forderte der neue Parteiführer Dingelhey weiter eine Stärkung der Gewalt des Reichspräsidenten gegenüber der Allmacht des Parlaments.

Dingelhey verlangte weiter die Einpannung auch der nationalsozialistischen Kräfte in den politischen Aufbauprozess und verzweifel sehr hart die Politik Preußens gegen die NSDAP, und vor allem gegen die Studentenenschaft. Andererseits gebe die durch Anträge und Forderungen zum Ausdruck kommende wirtschaftssozialistische Einstellung der Nationalsozialisten dem gesamten Bürgertum Anlaß zu schwerer Betrügnis.

Dingelhey ging sodann zu außenpolitischen Fragen über und erklärte, es sei verständlich, daß große Teile des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Jugend, sich leicht spontan aufbäumen gegen das Gefühl, daß Deutschland nur der Spielball fremder Willkür sei. Seine Rangordnung der Deutschen Volkspartei dürfe vorübergehen, ohne die tiefe Entrüstung über die unerhörten Gewaltmaßnahmen Polens gegenüber den Deutschen jenseits der Grenze zum Ausdruck gebracht zu haben. Es müsse auch dem Ausland verständlich sein, wenn Deutschland verlange, daß solchen frevelhaften Grausamkeiten gegen deutsche Volksgenossen jeht bald Einhalt und Berichtigung folgen.

Dingelhey stellte schließlich die Forderung nach einer baldigen Revision der Friedens- und Tributverträge. Die Notverordnung der Reichsregierung solle für diese Forderung die geeignete Basis.

## Barthou gefestigt — Laval beauftragt.

Die Schwierigkeiten wachsen.

Paris, 8. Dezember.

Louis Barthou ist trotz größter Anstrengungen mit seinem Versuch einer Regierungsbildung gescheitert. Er hat noch um 1 Uhr nachts dem Staatspräsidenten einen Beschäftigt und den von ihm erhaltenen Auftrag zur Bildung eines Kabinetts zurückgegeben.

Der Entschluß Barthous, die Regierungsbildung abzuschließen, ist auf die Haltung der Radikalsozialisten zurückzuführen, die sich geweigert haben, mit der republikanisch-moderaten Vereinigung (Gruppe Marin) in einem Ministerium zu sitzen.

Gegenüber der Rechtspreffe, die den Radikalsozialisten fürcht vor der Regierungsverantwortung vorwirft, verteidigt sich diese in ihrem Organ, der „Republique“. Das Blatt betont, daß sich die Partei bereit erklärt habe, an einer Konzentration teilzunehmen, die alle republikanischen Parteien umfasse. Wenn Barthou aber die Gruppe Marin mit



**Berlin.** Eine Ehefrau, die in den Abendstunden spielte sich im Hause Neue Brunnstraße 3 eine tätige Ehefrau ab. Der 64 Jahre alte frühere Direktor einer Volkshochschule lebte auf seine 10 Jahre jüngere Ehefrau und verließ sie schwer. Nach der Tat lebte er sich selbst eine Frage in den Kopf. Krümer, der früher in guten Verhältnissen gelebt hatte, war seit einiger Zeit in wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Vor etwa einem halben Jahr ließ sich das Ehepaar scheiden, mußte aber der Wohnungsort wegen seiner Zusammenkunft. Es kam dadurch oft zu Streitigkeiten. Als die Frau jetzt ihrem geliebten Mann mitteilte, daß sie ausreisen werde, kam es zu neuen Streitigkeiten, in deren Verlauf Krümer die Tat ausübte.

**Arnsdorf.** Auto von Jung erfaßt. In der Nähe von Kallies ließ im Nebel der Kräftewagen des Händlers Frantz aus Kallies auf dem Eisenbahnübergang Arnsdorf-Kallies mit einem Eisenbahnzug zusammenstoßen. Der Wagen wurde von der Lokomotive erfaßt und etwa 100 Meter weit mitgeschleift. Der Wagen wurde vollkommen zerkleinert. Die beiden Insassen des Wagens erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Auskommen zweifelhaft wird.

**Hamburg.** Wieder ein Todesopfer politischer Zusammenstöße. Dieser Tage fand im Gemeindefesthaus eine Verammlung der Arbeiterpartei statt. Nach Schluß der Verammlung kam es vor dem Gemeindefesthaus zwischen Teilnehmern der Verammlung und Kommunisten zu einer Schlägerei, bei der es mehrere Verletzte gab. Wie jetzt bekannt wird, ist ein 16jähriger Schulmädchenlehrer, der in Handnemen eine Schläue über den Kopf schlug.

**Coblenz.** An der Turmhalle der freien Turnerschaft in dem Nachbortor Harrar gerieten der 20 jährige Schmid Feichmann aus Kallies und der zwei Jahre ältere Arbeiter Knop in einen Wortstreit. Wäglich ein Zeitmann ein Lademeister und verlegte dem Knop einen Stab. Auf dem Transport ins Krankenhaus ist Knop der Verletzung erlegen. Der Meister wurde verhaftet.

**Himmels.** Die geplanten Bombenanschläge in der Biala. In den letzten Tagen ist die Unterführung der von kommunistischer Seite in der Biala vorbereiteten Bombenanschläge für sicherer worden. Bis jetzt nur Bestimmung von über 20 Personen getroffen werden konnte. Die Anzahl der in verschiedenen Wohnhäusern hergestellten und von der Unterführungsbehörde aufgefundenen Bomben ist erheblich. Nach Angaben der Befehlshaber waren die Bomben zur Verwendung in einem Bürgerkrieg und gegen Polizeistellen bestimmt. Die Gehäuse der Bomben wurden aus Granathüllen genommen, die mit Sprengstoffen geladen wurden.

**Gemisch.** Drei Autos im Straßenraufen. Auf der Mittweider Straße fuhr infolge der Bläue ein Kaufmann aus Dresden mit seinem Auto in den Straßenraufen und zog sich erhebliche Schnittwunden zu. An der gleichen Stelle kamen auch andere Fahrzeuge nicht weiter. Zwei Daimlerbusse verunglückten, an den haltenden Fahrzeugen vorbeizufahren, gerieten aber ebenfalls in den Straßenraufen. Verletzen wurden hierbei nicht verletzt.

**Dresden.** Im Spandauer Stadtfest wurden, wie bereits gemeldet, die Leichen eines Paars aufgefunden in denselben Leichen man u. a. Fahrweise der Dresdener Straßenbahn fand. Die Bestattung der Leichen wurde durch die Leichenbestattungsbureau des jüdischen Friedhofes des jungen Mannes in Berlin, der den Toten als einen zwanzigjährigen Bauhütten Gehmuth Werner Schjeller aus Kallies festgestellt. Seine Begleiterin ist ohne Zweifel die 24 Jahre alte Wärdin Gertrud, die seit einem Tage aus Dresden abgedankt wird. Der Grund zum Selbstmord ist unbekannt.

### Geheimrat Dr. Dorff 7.

Breslau, 9. Dezember.

In der Nacht zum Montag ist Geheimrat Dr. Felix Dorff gestorben. Dorff war fast 50 Jahre Parlamentarier und am 20. März 1879 Mitglied der Reichstagesfraktion des Zentrums. Außerdem war Dorff Geheimkammerer di Spada e cappa des Papstes.

Dorff wurde 1833 geboren, studierte an den Universitäten Breslau, Berlin, Tübingen und Leipzig und wurde 1876 von der juristischen Fakultät der Universität Breslau zum Dr. jur. promoviert. Seit 1879 war er Rechtsanwalt, ab 1880 in Breslau, bis 1903 Stadtrat, ab 1903 Mitglied des Reichstages, von 1898 bis zu seiner Auflösung 1908. Mitglied der verfassungsmäßigen Landesversammlung 1910 bis 1921 und des Landtags seit 1921 für Breslau. Erster Vizepräsident der Landesversammlung und des ersten Landtags von 1921 bis 1924. Zweites Vizepräsident des ersten und zweiten Reichstages. Mitglied des Reichstages von 1884 bis 1918 für Preußen, Ostpreußen, Westpreußen, von 1903 bis 1918 Erster Vizepräsident des Reichstages, Mitglied des Reichstages von 1881 bis 1893.

### Schiedspruch in der Metallindustrie.

Breslau, 10. Dezember. Unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten a. D. Philipp hat die Schlichtungskammer folgenden Schiedspruch in der niederösterreichischen Metallindustrie gefällt. Die Lohnsätze werden ab 15. Dezember 1930 für gelehrte Arbeiter um 5 v. H., für Frauen um 4 v. H., die Entgelt der Werkstätten beträgt 6 v. H. Der Lohnsatz gilt bis zum 30. 6. 1931. Die Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches ist bis zum 13. Dezember 12 Uhr abzugeben.

### Der neue Landeshauptmann von Voralberga.

Bregenz, 10. Dezember. Der Voralberger Landtag wählte zum Nachfolger Dr. Anders den bisherigen Landesstatthalter Dr. Redler zum Landeshauptmann.

### Lebensmittelfaktoren in Russland.

Moskau, 10. Dezember. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat beschlossen, die Lebensmittelfaktoren ab dem 1. Januar 1931 aufrecht zu erhalten. Außerdem sollen folgende Maßnahmen getroffen werden, um die Lebensmittelversorgung der Roten Wehrmacht zu sichern.

### Italienischer Bergungsdampfer gesunken.

14 Tote, 7 Verletzte.

Paris, 10. Dezember.

Wie aus Nantes bekannt wird, ist der italienische Bergungsdampfer „Artiglio“ bei der Sprengung des während des Weltkrieges zwischen den Inseln Bonai und Sordic gelegenen französischen Munitionshafens „Tore“ untergegangen, 14 Personen, darunter mehrere Taucher, die sich



## MAGGI

Praktisches Weihnachtsgeschenk: MAGGI Würze - MAGGI Suppen in Würfeln - MAGGI Fleischbrühwürfel

Zeit der Explosion noch unter Wasser befanden, sind geblieben worden. Sieben weitere Personen haben zum Teil schwere Verletzungen erlitten.

Das in etwa 30 Meter Wassertiefe liegende Wrack der „Florence“ hatte die Navigation fast behindert. Die Explosion bei der Sprengung war nicht Erzwärmer so gewaltig, daß der Bergungsdampfer, obwohl er sich im Augenblick der Sprengung in einer Entfernung von über 300 Metern von der Sprengstelle befand, explodierte und in einigen Minuten versank. Ein französischer Dampfer begab sich nach der Explosion sofort an die Unglücksstelle und es gelang ihm, noch sieben Mann der Besatzung zu retten. Unter den Toten befindet sich der Kapitän des Schiffes. Die Besatzung bestand nur aus Italienern. Das Bergungsschiff „Artiglio“ hatte vor kurzem die Bergung des Geldtransportes des bei Brift getauften englischen Dampfers „Capp“ bewerkstelligt, der eine Ladung Goldbarren an Bord hatte.



Argentiniens früherer Präsident bei Hindenburg.

Der zu einem achtjährigen Besuch in Berlin eingetroffene Präsident von Argentinien, Dr. Marcelo T. de Alvear und seine Gattin wurden von Reichspräsidenten empfangen. H. B. z. de Alvear und seine Gattin beim Verlassen des Reichspräsidentenpalais.

### Kleine Chronik.

**Widerprechende Ergebnisse der Giftbelunteruchung.** Das belgische Kabinett belästigte sich längere Zeit mit der Herabsetzung des Giftstoffes. Es nahm Kenntnis von den Berichten der Gesundheitsbeamten, aus denen sich jedoch noch keine endgültige Entscheidung ergibt. Die Untersuchungsberichte, die an Ort und Stelle eine Untersuchung angestellt haben, sind zum Schluß gekommen, daß der Beladung durch Galle chemischer Fabriken verurteilt worden sei. Sie machen darauf aufmerksam, daß es nur in fünfviertel Opfer gegeben habe. Entgegen den früheren Meldungen wird mitgeteilt, daß noch einige Giftfabriken in Betrieb sind. Ein endgültiges Ergebnis wird nur die Untersuchung der Leichen ergeben.

**Sinfonso gefesselt.** Alexander Sinfonso, der geliebte Mann der verstorbenen Prinzessin Maria von Serbien, der nach seiner Ausweisung aus Deutschland Tellerwäcker in einem Restaurant in Luxemburg wurde, zeigt in letzter Zeit deutlich merkmale geistiger Störung, so daß sich seine Familie erwidert hat, der Wächter trägt, ihn in einer Heilanstalt unterzubringen. Man nimmt an, daß Sinfonso nur vorübergehend in eine Klinik gebracht werden soll, um dann endgültig in eine Anstalt übergeführt zu werden.

**„Geschlossen, weil die Preise nicht herabgesetzt wurden.“** Auf Anordnung der Behörden wurde eines der bekannten Kaffeehäuser in Weimar, „El Trovatore“ auf zehn Tage geschlossen, weil der Besitzer die Preise nicht herabgesetzt hätte. Er mußte an allen Fenstern und Türen des Kaffeehauses folgenden Aufschlag anbringen: „Geschlossen, weil die Preise nicht herabgesetzt wurden.“

**Racheakt an einem Verbrecher.** Ein junger holländischer Verbrecher wurde in einer geheimen Vorfälle des New Yorks „hingerichtet“. Vor acht Jahren waren auf Grund seiner Aussagen drei Männer wegen Mordes zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, und ein weiterer hatte lebenslangliches Gefängnis erhalten.

**Zugunfall auf der Londoner U-Bahn.** Tausende von Passagieren der U-Bahn mussten stundenlang auf Beförderung warten, weil in der Nähe der U-Bahnstation des Britischen Museums ein Zug infolge Kurzschlusses einen Unfall erlitten hatte. Funken sprühten heraus, eine große Menge an Rauch entwickelte sich, und viele Eisenbahnwaggons verbrannten. Es gelang jedoch dem Zugführer, den Zug zur Station zu bringen, und sämtliche Passagiere konnten aussteigen. Die Strecke war während der ganzen Nacht vollständig gesperrt, so daß erhebliche Verkehrsstörungen eintraten.

**Rätselhafte Dymochromose in einer englischen Goge.** Die Untersuchung von rätselhaften Dymochromosen von 28 Mitgliedern der Old-Bellows-Goge in Eborach hat ergeben, daß die Vorkommnisse mit irgenwelchen geheimnisvollen Bazillen oder Giften nichts zu tun haben. Sie werden vielmehr auf Redagen an Gasen zurückgeführt, wodurch die Luft ungesundlich wurde.

**Gerte als Brennmaterial.** Der geringe Preis von weniger als einem Viertel Dollars den die Farmer in Roland (Manitoba) für den Scheffel Gerte erhalten, veranlaßt diese, die Gerte zu verbrennen. Die Farmer behaupten, das sei ein besseres Geschäft, als mit Holz oder Kohle zu heizen, und ein Scheffel Gerte genüge, um einen kleinen Ofen den ganzen Tag über zu speisen.

**Erstes Erdbeben in Japan.** In der japanischen Provinz Siman ereignete sich ein leichtes Erdbeben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden 4 Personen getötet und 3 verletzt. Circa 250 Häuser sind zerstört worden.

**Chinesisches Postflugzeug abgestürzt.** Ein chinesisches Postflugzeug, das unterwegs von Schanghai nach Kanton war, ist abgestürzt. Zwei oder drei Personen, darunter eine Frau, sollen getötet worden sein.

### Das Tisch-Tennis-Turnier in Kopenhagen.

am 6. und 7. Dezember 1930.

Büchlich um 5 Uhr begannen am Sonnabend die Spiele. Mit über 90 Anmeldungen in den einzelnen Konkurrenzen war das Turningsergebnis sehr gut.

Angefangen wurde mit den Vorrundenspielen in allen fünf Klassen, die aber nichts Renommierendes brachten. Als jedoch am 6. Uhr der Welt der auswärtigen Spieler, unter ihnen auch die Mannschaft von Blank-Gold-Berlin, eintraf, erwartete man bereits spannende Matches, die auch nicht ausblieben. Besonders interessant war das Spiel des Berliner Schweißger gegen Halle-Nokleben, welches letzter 2:3 verlor. Nachdem er schon auf 2:2 ausgeglichen hatte, mußte er sich doch im fünften Satz 21:14 geschlagen geben. Es war das letzte Spiel, welches am Sonnabend ausgetragen wurde, und so fand kurz nach Mitternacht der erste Teil des Turniers seinen Abschluß.

Für den Sonntag war der Beginn auf 11 Uhr angelegt und bald war auf aller 3 Tischen das Spiel in vollem Gange. Besonders hervorzuheben war das Rennen der Klosterhölzer von Vary und Löwe, die beide glänzende Erfolge zu verzeichnen hatten. Es gelang es Löwe, den Hamburger Meister Tischhäsel 3:0 zu schlagen, während von Vary ebenfalls 3:0 gegen Tischlein-Berlin gewann.

Gegen 14 Uhr nachmittags begannen dann die Endkämpfe, die die aufregendsten des ganzen Turniers waren. Obwohl die deutsche Meisterin Frau Küster-Berlin durch Krankheit am Eröffnen verhindert war, gab es auch im Damenseinzel interessante Spiele, aus denen die dritte deutsche Ranglistenpielerin, Fräulein Krebsbach-Berlin, als Siegerin hervorging, die durch ihr außerordentlich sicheres und schönes Spiel besonders gefiel. Leider kam sie nicht ganz dazu, ihr volles Können zu zeigen, da sie ihren Gegnerinnen zu überlegen war und es ihr erkaunlich, daß sie trotz ihrer Jugend (sie spielt noch Junioren-Klasse) es zu einer so erfolgreichen Spielerei gebracht hat. Im Herren-einzel Klasse I gelang es den Nohlebern von Gramm und von Vary sich bis in die Vorkämpfungs- und Vorkämpfungs, obwohl sie gegen stärkere Gegner zu spielen hatten. Es verblieb daher besondere Anerkennung, daß es ihnen gelang, sich den dritten Preis zu erobern. Entschieden den Höhepunkt der gesamten Veranstaltung bildete das Herren-Doppel der Nohleber von Halle-Löwe gegen das Berliner Paar Schwager-Tischlein. Nach erbittertem Kampf errang vor allem 200 Zuschauern unter tosendem Beifall das Nohleber Paar den wohlverdienten Sieg mit 3:2. Selten hat es wohl ein derartiges Spiel gegeben, bei dem auf beiden Seiten mit solcher Einigkeit aller Kräfte gespielt worden ist. Es folgten dann die Endspiele im Gemischten Doppel, Herren-einzel Klasse II und Damenseinzel. Hier fiel besonders das Herren-einzel Klasse I hervor.

Schon in der Vorkämpfungsreihe zeigte Herr Entloft gegen von Vary kein außergewöhnliches Können. Mit großer Ueberlegenheit wählte er den recht sicheren von Vary durch saftvolleres Placieren in 4 Sätzen zu schlagen. Vary das zweite Vorkämpfungsduell von Gramm gegen Schwager zeigte sehr spannende Momente. Trotzdem Herr Schwager meistens im Vorteil war, konnte von Gramm dennoch auf 2:2 ausgleichen und unterlag erst nach hartem Kampf im fünften Satz dem geschickten Spiel des Berliner. Danach fanden sich Herr Entloft und Schwager in der Endrunde gegenüber. Hier zeigte wieder einmal Herr Entloft sein außerordentliches Können. Mit geradezu atombaliger Geschwindigkeit erlangte er Bälle, die fast unerreichtbar schienen und schmetterte mit erstaunlicher Sicherheit. Zwar spielte Herr Schwager meist temperamentvoller, ließ oft einem dröbe einen kurzen Stoß hinter das Netz kommen, während Entloft mit großer Ueberlegung vorging, und so war ihm bald der wohlverdiente 3:0-Sieg über den gewandten Berliner sicher.

Zum Schluß seien noch kurz die Ergebnisse erwähnt:

- 1. Sieger: Entloft-Hal.
  - 2. Sieger: Schwager-Berlin.
  - 3. Sieger: von Gramm-Nohleber.
  - 4. Sieger: von Vary-Nohleber.
- Damenseinzel:**
- 1. Siegerin: Fräulein Krebsbach-Berlin.
  - 2. Siegerin: Frau Dr. Ehrenreich-Magdeburg.
  - 3. Siegerin: Frau Fischer T.O. Nohleber.
- Herrendoppel:**
- 1. Sieger: von Halle-Löwe, Nohleber.
  - 2. Sieger: Schwager-Tischlein, Berlin.
- Gemischtes Doppel:**
- 1. Sieger: Fräulein Krebsbach-Berlin-Entloft-Hal.
  - 2. Sieger: Frau Fischer, T.O. Nohleber-Lagardisch, Hamburg.
- Herren-einzel Klasse 2:**
- 1. Sieger: Schlegel-Weitzig.
  - 2. Sieger: Angold-Berlin.
  - 3. Sieger: von Guckow-Nohleber.
  - 4. Sieger: Boockhals-Weitzig.

Das Turnier, welches in erster Linie eine Propaganda-Veranstaltung sein sollte, hat im Gange einen recht guten Verlauf genommen und ist entschlossen auch ein Erfolg für Nohleber gewesen. Außerdem hat es gezeigt, daß auch unsere Spieler starken Gegnern aus allen Teilen Deutschlands gewachsen sind. Schriftlich von Tschja.

### Gegen üblen Mundgeruch

Ich will nicht verheimlichen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur reine, weiche Zähne bekomme, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihre „Chlorodont“ als beste empfehlen.“  
G. G. W. Mainz. Verleihen Sie es zunächst mit einer Zahnbürste.  
Zahnpaste in 40 Pf. Packungen. Sie oder acht Chlorodont und werden Sie Ihren Erfolg baldig finden.

# 3762000 Arbeitslose im Reich

Berlin, 10. Dezember.  
Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die die Wintermonate mit sich zu bringen pflegen, hat nach dem Bericht der Reichsstatistik im zweiten Novemberhälfte dieses Jahres nicht das Ausmaß erreicht, wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Am 30. November wurden in der Arbeitslosenverleinerung rund 1 788 000, in der Kriegerunterstützung rund 568 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme um rund 127 000 in der Arbeitslosenverleinerung (im Vorjahre Zunahme von rund 1 015 000 um 155 000 auf rund 1 200 000). Von den Arbeitsuchenden, die am 30. November bei den Arbeitsämtern verzeichnet waren, sind etwa 3 762 000 als Arbeitslose zu zählen, d. h. etwa 204 000 über 3,7 v. J., mehr als am 15. November. Die entsprechende Zahl des Vorjahres belief sich auf rund 3 101 000, die Zunahme in der zweiten Novemberhälfte mit fast 262 000 oder 14,2 v. J., war jedoch sowohl absolut wie im Verhältnis nicht unerheblich größer als in diesem Jahre.

## Berwachsene Stimmkarten.

Zu den Sonntags-Abstimmungen des Reichstages.  
Berlin, 10. Dezember.

Wie Präsident Eöde zu Beginn der Sitzung des Reichstages mitteilte, haben sich in den Sonntags-Abstimmungen infolge falscher Stimmkarten Fehler in dem endgültigen Abstimmungsergebnis herausgestellt.

Der Abgeordnete Schwarzer-Oberbayer von der Bayerischen Volkspartei hat nämlich infolge der inzwischen vorgenommenen Wähleränderungen ebenfalls zu den beiden ersten Abstimmungen über die Aufhebung der Staatsordnung und über die Abgabe des nationalsozialistischen Vertrauensantrages Karten des wegen Krankheit beurlaubten und im Reichstag überhaupt nicht anwesenden wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Siller-Württemberg verwendet. Dementsprechend gelten die irtümlich für den Abgeordneten Siller abgegebenen Karten für den Abgeordneten Schwarzer. Außerdem hat der Abgeordnete Korbacher von der Bayerischen Volkspartei, dessen Karte bei Feststellung der Ergebnisse fehlte, ebenfalls eine Karte des zu seiner Fraktion gehörigen Abgeordneten Graf von Dumbi zur Stimmabgabe benutzt. Die ursprünglich als für ungültig erklärte Doppelkarte des Abgeordneten Graf von Dumbi ist demnach dem Abgeordneten Korbacher zuzurechnen.

Präsident Eöde riefte gelegentlich die Mitteilung an die Mitglieder des Hauses die dringende Bitte, die Karten vor der Abgabe genau zu überprüfen.

## Die warmen Anträge.

In einem Mittwochs hatte der Kommunisten Zorger im Reichstag eine sehr bezeichnend genannt, daß die Regierungsparteien ihren neuen unerhörten Zollauf an der Arbeiterklasse nicht schnell genug unter Dach und Fach bringen können. „Die Anträge sind noch ganz warm“, so rief er unter großer Heiterkeit nach der Beratung aus, und ich will sie der Herr Präsident auf die Tagesordnung der Montagtagung legen! — Präsident Eöde erwiderte ihm föhlig: „Herr Zorger, ich hatte ja absichtlich erst den Montag vorgeschlagen, damit die Anträge inzwischen kalt werden!“ (Stimmische Heiterkeit).

## Die Markt-Prioritätenfrage . . .

und die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechei.  
Berlin, 10. Dezember.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš hatte bei seinen Ende Oktober im Auswärtigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses in Prag abgegebenen Erklärungen auch die Frage der gegen die Markt-Prioritäten berührt und darüber etwa folgendes ausgesprochen: Die Vergebung des deutschen Handelsvertrages habe nicht ihren Grund in der Frage der Markt-Prioritäten. Diese Angelegenheit sei zwischen beiden Staaten erledigt. Dies sei durch authentische Erklärungen von beiden Seiten geschehen.

Diese Ausführungen Benešs haben in den beteiligten deutschen Kreisen einen lebhaften Widerstand hervorgerufen und erhebliche Beunruhigung hervorgerufen. Hierzu wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß zwar zwischen der Reichsregierung und der tschechoslowakischen Regierung keinerlei Einverständnis in dem Sinne hergestellt worden ist, daß die Fortsetzung der damaligen Handelsvertragsverhandlungen sich unabhängig vom Stand der Prioritätenfrage vollziehen kann. Sämtliche der Prioritäten selbst — und zwar sowohl der auf Markt oder andere Weltauflagen und der mit Metallklausel versehenen — hat die Reichsregierung über ihren Reichstagsantrag unüberändert aufrecht erhalten, so daß diese Frage keineswegs als endgültig geregelt betrachtet werden kann.

## Die erste Sitzung des neuen Sejms.

Polizeihaft in Parlamentsgebäude.  
Warschau, 10. Dezember.

Die erste Sitzung des neuen Sejm wurde mit der Befreiung der Eröffnungsurkunde des polnischen Staatspräsidenten durch Ministerpräsident Slawek eröffnet. Die Regierung war bis auf den Warschauer Wladyslaw zugegen. Der Staatspräsident General Sikorski hielt im Hintergrund der Wandelgänge Polizeihaft bereit, die jedoch nicht eingeleitet zu werden brauchte. Allgemeine Aufmerksamkeit erregte die sehr gealterten und abgemagerten Gesichter der beiden Sozialisten Bartki und Liebermann, die erst vor kurzem aus dem Gefängnis Drest-Litwisk entlassen wurden. Während der Eröffnung der Eröffnungsurkunde fehlten die Abgeordneten des Zentrum und der Ukrainer.

In der Eröffnungsurkunde wurde hervorgehoben, daß die wichtigste Aufgabe des gegenwärtigen Sejms die Verbesserung und Verbesserung der Staatsverwaltung sein werde. Wladyslaw übernahm ferner als Vizepräsident den Vorsitz. In diesen Angelegenheiten kamen die Abgeordneten des Zentrum und der Ukrainer in der End. Es folgte die namentliche Vereidigung der Abgeordneten und die Wahl des Sejmpräsidenten.

## Die Folterkammer von Brest-Litowsk.

Auch eine politische „Kulturart“.  
Warschau, 9. Dezember.

Der politische Dichter und Politiker Andreas Szrag hat einen erschütternden Bericht veröffentlicht über die schmachvolle und grausame Behandlung, der die Führer der polnischen Opposition in dem Militärgefängnis von Brest-Litowsk ausgesetzt waren.

Anzulängliche und ungenießbare Kost leitete über zu erniedrigenden körperlichen Mithandlungen, wiederholt wurden die Verhafteten mit der Andauer handwerklicher Gestalt genötigt und durch Revoluzzerkräfte, die absichtlich nur knapp ihr Ziel verfehlten, erschreckt, und erst, als der politische Zweck ihrer Inhaftierung erfüllt, die Opposition während des Wahlkampfes und der Wahlhandlung selbst auf schwerste eingeschüchtert war, erlaubten sie wieder eine menschlichere Behandlung, die sie nach einem Scheinverhör in Freiheit gesetzt wurden.

Die polnische Regierung hat das Blatt, das diesen Bericht veröffentlichte, beschlagnahmen lassen. Der Hochpreis der gepinneten Führer jener Parteien, die den Warschauer Gewalthabern nicht willfährig sind, wird also ohne praktischen Erfolg erhalten, keine moralische Wirkung aber wird durch die ihm seinen mitläufigen Kabinett nicht zur Ehre gereichen.

## Rußlandausfrage im Unterhaus.

Henderson verliest eine russische Erklärung.  
London, 10. Dezember.

Im Unterhaus richteten insgesamt fünf Mitglieder an den Staatssekretär des Auswärtigen die Anfrage, ob die Sowjetregierung auf den vom britischen Botschafter in Moskau im Zusammenhang mit dem Moskau Prozeß unternommenen Schritt geantwortet habe. Henderson verlas darauf folgende Antwort des Sowjetmissionärs des Auswärtigen an den Botschafter:

Die Angeklagten haben zur Zeit der Verurteilung in schriftlichen Erklärungen auf die Möglichkeit der Teilnahme britischer Kreise an Interventionen Bezug genommen und haben diese Erklärungen später bei der Gerichtsverhandlung bekräftigt. Woher die Unteruchungsbehörde noch der Gerichtsfall kann die Angeklagten des Verdachts heraus, Zeugnis abzugeben oder Geständnisse abzugeben, die sie für notwendig halten. Der öffentliche Ankläger hat natürlich die Anfrage auf die Geständnisse der Angeklagten, die er nicht unbedingtheitlich lassen konnte, gegründet.

Auf eine Anfrage Sir Austen Chamberlain, ob die Regierung es für vereinbar mit den Interessen und der Würde Englands halte, sich mit dieser Antwort abzufinden, erwiderte Henderson, die Antwort sei eben erst eingegangen, und er müsse Zeit haben, sie zu erörtern.

Die Erklärungen Hendersons wurden mehrfach von der Opposition durch Gelächter unterbrochen. Auf die Frage, ob der Außenminister bereit sei, die sowjetische Antwort als zufriedenstellend hinzunehmen, antwortete Henderson, daß er dies tun müßte, solange nicht der Fragesteller neues Material nachweise. Der Dämon verließ sich noch, als ein Liberator Henderson fragte, ob der Außenminister die russische Antwort als ernst oder humoristisch anzusehen beliebe.

## Die Moskauer Begnadigungen.

Rußlandpolitische Aktion für innenpolitische Agitation.  
Moskau, 10. Dezember.

Der Zweifel, der unmittelbar nach der Verkündung der Todesurteile in dem Moskauer Ingenieurprozeß daran laut wurde, ob diese Urteile tatsächlich vollstreckt werden sollten, hat sich schnell als berechtigt erwiesen. Damit hat aber zugleich auch die Vermutung ihre Bestätigung gefunden, daß der ganze mit so großem theatralischen Aufwand in Szene gesetzte Prozeß von vornherein als eine Demonstration gedacht war und als ein großartiges Abfertigungsmanöver, durch das die Erregung des notwendigen russischen Volkes ausgeglichen werden sollte von der Erkenntnis der eigentlichen Ursachen dieser Not und zugleich beunruhigt und beruhigt werden sollte durch die zur Schau gestellten Enthüllungen und durch das imponierende Schauspiel der Abwehr antipolitischen Bestrebungen.

Das festliche Ausmaß hat sich durch diesen Prozeß nicht erhöhen lassen, und es bleibt fraglich, wie lange die von ihm erhoffte Wirkung den Sowjetgewalthabern günstig sein wird. Auch in Rußland wird schließlich die Erkenntnis der wahren Zusammenhänge einmal zum Durchbruch kommen.

Zunächst freilich dürfte der Prozeß gewisse außenpolitische Folgeredeaktionen nach sich ziehen. In der Urteilsverkündung sowohl wie in den Gründen, die für die Begnadigung bekanntgegeben werden, ist immer wieder die höherrichterliche Verbindung der Angeklagten mit interventionistischen Kreisen Frankreichs als eine feststehende Tatsache hingestellt, und es wird angefügt, daß die Moskauer Regierung aus dieser Feststellung die Gerichts diplomatische Folgen ziehen werde. Man hat also

eine Aktion der Sowjetregierung in Paris zu erwarten, kann aber voraussetzen, daß praktisch dabei in gut wie nichts herauskommen wird. Es wird bei einem Notenschiff bleiben, der für die Moskauer Regierung in der Hauptsache ebenfalls ein Instrument innerpolitischer Agitation bedeuten dürfte.

## „Arlberg“-Ski???

Haben Sie schon von diesem maßgebenden deutschen Skier gehört???

Nein!!!???

Warten Sie ab!!!

## Höhere Privatschule Rottleben

Anmeldungen zum Ostertermin nehme ich in der Woche vom 15. bis 20. Dezember, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, in meiner Privatwohnung entgegen (Tauf- und Impfschein mitbringen).

Oberstudienrat Sachse, Kloster.

Billig! Billig!

# Backartikel

Mandel, süß	1 Pfund	1 50 RM
Mandel, bitter	1 Pfund	1 40 RM
Sultaninen	1 Pfund 54 g, 60 g, 65 g, 80 g	
Große Rosinen	1 Pfund	50 "
Korinthen		55 "
Randbrot		60 "
Kokosraspel		56 "
Mohn		60 "
Zahnpuder		38 "

---

Margarine, feins irisch

1 Pfund	50 g, 60 g
„Landhaus“-Margarine	1 Pfund 82 "
„Thomana“-Margarine	95 "
Kokosfett	60 "
Thain, reines Kokosfett	70 "

---

Vanille-Zucker

5 Pakete	25 g
Budding-Pulver	1/4 Pfund 15 "
Bunt-Zucker	1/4 " 25 "

## Hamburger Kaffeelager

# Thams & Garfs

Niederlage  
Nebra a. U. Breitestr. 21

Spare mündellicher bei der Stadt-Sparkasse Nebra a. U.

**N.S.V. 24**  
Morgen, Freitag, 12. Dez.,  
abends 8.30 Uhr:  
**Monats-Versammlung**  
im Hotel „Zur Burg“.  
Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.  
Der Vorstand.

**Bett-Inlett**  
in allen Breiten und Preislagen  
Garantiert federnd und farbecht

**Bettfedern**  
Lager von nur guten Qualitäten:  
3 - 4 Pfund RM 1,05,  
3 - 4 - 5,20.

**Friedrich Krey**  
Jnh.: Emil Krey

**Preisabbau!**  
**Schmierseife, gelb** gef. Pf. 38 g  
**Schmierseife, weiß** „ „ 45 „  
**Seifenpulver** mit Schnitzel  
Pfund-Paket „ 29 „  
**Kernseife, Handstück** „ 15 „

**Thams & Garfs**  
Nebra a. U., Breitestraße 21

## Immer neue Anregungen

geben Ihnen Westermanns Monatshefte: Wie denken Sie über Soziologie? Wie sehen Sie zur neuen Dadaismus? Wie gefallen Ihnen die Romanen von Karl Zuck? Welchen Sport soll die Frau treiben? Was sind Frauenfragen? Diese und hunderte anderer Fragen werden in Anregender Westermanns Monatshefte, so daß diese Zeitschrift bestimmten Einflüssen auf Ihr Leben ausüben kann.

Der Westermanns Monatshefte liegt, freut keine Vergewaltigung und hat keinen Sinn für die Werte des Lebens. Er behauptet, daß er nicht mehr Zeit hat, die ihm vermittelten Kulturwerte anzuschließen. Jeder Widerstand ist nicht zu überwinden, wenn in für Westermanns Monatshefte fehlen.

**GUTSCHEIN** • 500000

ein Probeheft schickt Ihnen gegen Einsendung von 20 Pf. für Porto der Westermanns Monatshefte, vollkommen unentgeltlich

Name: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_

**75**  
JAHRE

# Nebrner Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weib, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen lohnen! die 48 mm breite Millimeterzelle 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzelle im Heftamt 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aetern.

№ 147

Donnerstag, den 11. Dezember 1930.

43. Jahrgang

## Weiter auf dem Weg! Die Regierung vor neuen Aufgaben.

Berlin, 9. Dezember.

Die Entscheidung des Reichstages hat der Regierung einen großen Erfolg gebracht. Aber es ist nicht Zeit, stillzustehen, nicht einmal Zeit, Rückschau zu halten. Kanaker und Finanzminister haben bei den Beratungen im Reichsrat und auch bei den Debatten im Reichstag, in privaten und offiziellen Besprechungen immer und immer wieder betont, daß das Sanierungswerk die Voraussetzung für die Lösung der Probleme darstellt, die die Reichsregierung und die Arbeitslosenkrisis Deutschlands stellt. Die Voraussetzungen sind erfüllt. Nun gilt es, deren Früchte zu sichern.

Die Arbeitslosenziffer bleibt das Barometer für die wirtschaftliche und für die politische Sanierung der deutschen Nation, ohne die die Sanierung des Finanzwerks ein Stillwerk ist. Dies sind die nächsten Sorgen des Heute und des Morgen.

Es ist nicht überwinden, sich in Diskussion über Außenpolitik, über außenpolitische Aktivierung, über außenpolitische Regenerierung nicht in erster Linie notwendig, so aber ein Uebel. Eine Nation kann nur dann eine starke Außenpolitik treiben, kann nur dann außenpolitische Aktionen mit Aussicht auf Erfolg unternehmen, wenn sie nicht in sich geschwächt ist. Wir haben wohl inzwischen alle begriffen, daß die Revision der Reparationspolitik im Youngplan deshalb nicht in allem die Ziele erreicht hat, die nicht nur im Interesse Deutschlands sondern auch der Welt gelegen hätten, weil die deutschen Delegationen hinter sich ein feindliches Finanznetz auf schwerem zerrüttetes und geschwächtes Land gehabt haben. Ein zweites Mal darf eine deutsche Delegation nicht mit geschwächten Kräften in die Verhandlungen gehen. Ein Land mit einem Heer von drei bis vier Millionen Arbeitslosen aber verfiert nicht über die Aktivität, die es zur Reorganisation des Erfolgers braucht.

Weiter auf dem Weg! Arbeitslosenfrage, Preis- und Lebenskostenproblem, dann Lohnregulierung. Das sind die Kernaufgaben, die es jetzt zu erfüllen gilt.  
Man kann und muß nur die Hoffnung wachhalten, daß es gelingt, auch über die letzten Schwierigkeiten des Augenblicks hinwegzukommen und in langer Weihnachtspause neue politische Aufgabenstellung zu stellen, an der die ihre gemeinsamen Parteien sich dann wiederum orientieren können. Auf dem Wege bleiben und weiter auf dem Weg! Das ist die Parole, die man in dieser Stunde allein der Regierung geben kann.

## Die Strafrechtsreform im Reichstag.

Da der vorige Reichstag vor seiner Auflösung ein Ueberleitungs-gesetz für die Strafrechtsreform nicht beschließen hat, ist an sich im Reichstago zunächst eine Fortführung dieses Werkes, das nun schon zwei Reichstago mehrere Jahre hindurch beschäftigt hat, zunächst nicht möglich. Es müßte erst von der Regierung eine neue Vorlage eingebracht werden.

Am diesen Weg abzurufen und eine Fortführung der Strafrechtsreform zu ermöglichen, hat jetzt der frühere Vorsitzende des Strafrechtsausschusses, Abgeordneter Dr. Kauf, mit Unterstützung der Fraktion der Deutschen Volkspartei, das ganze Strafrecht als Antrag im Reichstag eingebracht.

## Die Pensionslasten in Deutschland.

1,9 Milliarden Rm. — 1,5 Millionen Pensionäre.

Zu dem in der letzten Zeit mehrfach erörterten Thema wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Der Gesamtaufwand für Verpflegung und Aufgehälter beträgt nach dem Vorschlag des Reichshaushalts für 1930 381 Millionen Rm. Hieraus entfallen auf Beamte und Beamtenhinterbliebene einschließlich der ehemaligen und der neuen Wehrmacht 143,5 Millionen, auf Offiziere und Offiziershinterbliebene der neuen Wehrmacht 20 Millionen, auf Offiziere und Offiziershinterbliebene der ehemaligen Wehrmacht 161 Millionen, auf Kapitulanten der ehemaligen Wehrmacht einschließlich der Hinterbliebenen 5,3 Millionen, auf Uebergangsberechnungen bestehende Soldaten der neuen Wehrmacht (im eigentlichen Sinne also keine Pension, sondern Unterhaltsgeldern für die Verpflegungsanwärter der neuen Wehrmacht, für die eine Beschäftigung im Zivildienst nicht vorzuziehen ist) 45,7 Millionen, auf Rentempfänger der neuen Wehrmacht einschließlich der Hinterbliebenen 2,5 Millionen. Das ist der Pensionsaufwand für das Reich.

Hierzu treten die Aufwendungen für die Post mit 240 Millionen und für die Bahn mit 480 Millionen Rm. Das sind zusammen, nun also mit den Betriebsbeamten von Post und Bahn, erst 1,1 Milliarden Rm. Werden nun die in den Ländern und Gemeinden gefällten Pensionen im Betrage von 807 Millionen Rm. hinzugerechnet, so ergibt sich nunmehr ein Pensionsaufwand von 1,9 Milliarden Rm. Will man jetzt den Durchschnitt errechnen, so muß man die Pensionempfänger — Beamte und Beamtenhinterbliebene des Reiches, Offiziere und Offiziershinterbliebene der alten und neuen Wehrmacht, Kapitulanten der alten Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen, unterbeschäftigte Verpflegungsberechtigte der neuen Wehrmacht, Rentempfänger und ihre Hinterbliebenen der neuen Wehrmacht, Pensionäre bei der Post, bei der Bahn, in den Ländern und Gemeinden und ihre Hinterbliebenen — zusammenzählen und diese in 1,9 Milliarden teilen. Jeder liegen im Ausmaße von Reich, Post

und Bahn Angaben über die Zahl der Pensionäre der Länder und Gemeinden nebst ihren Hinterbliebenen nicht vor. Schätzungsweise ist aber ihre Zahl 1,5 Millionen. Es ergibt sich, daß auf den einzelnen Pensionempfänger im Durchschnitt 1300 Rm., demnach das Doppelte des auf die Unterhaltungsempfänger der öffentlichen Fürsorge kommenden Betrages, entfallen. Dieses Wehr findet seine Erklärung und Berechtigung wohl darin, daß es sich bei den Pensionen um Rechtsansprüche auf vorrangig einbehaltene Gehaltsstellen handelt und nicht, wie bei der Fürsorge, um freiwillige und zufällige Ausgaben, welche die Öffentlichkeit zur Ueberwindung von Not aufbringen muß. Zu diesen 1,9 Milliarden Rm. muß jeder Beamte und Pensionär durch seine Steuern auch beitragen.

## Pensionsstützungs-gesetz im Reichstag.

Eine langsame Debatte.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und teilt mit, daß mehrere Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei ihre Abstimmung am Sonnabend beabsichtigen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Pensionsstützungs-gesetzes.

Abgeordneter Rothmann (Soz.) wendet sich gegen Artikel des „Bürgerlichen Beobachters“, in denen behauptet wird, daß nicht weniger als 30 sozialdemokratische „Bonzen“ Ministerpostionen erhalten. Diese verleumderischen Angaben seien durchaus unmaß. Die Denkschrift der Reichsregierung über die Großpensionäre beweise, daß die meisten Empfänger von Großpensionen bis zu 19 000 Mark gerade die geschwächten Kräfte der Hauptstadt seien. Die meisten dieser Gehaltsempfänger läßen aber in der nationalsozialistischen Fraktion, (Rech. Hörs. Hörs. links). Die Sozialdemokratie habe wiederholt eine Kürzung der Großpensionen bei den Doppelverdienern verlangt. Das Gesetz dürfe nicht nur auf Reich, Länder und Gemeinden beschränkt sein, es müße auch Reichswehr und Reichsbahn umfassen. Untragbar ist seine Befristung für wenige Jahre und das Fehlen einer Höchstpensionsgrenze.

Abgeordneter Sprenger (Nat. Soz.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß der Verrat von 1918, der gar keine richtige Revolution gewesen sei, nur das Ziel hatte, Beamtenstellen für die Bonzen zu schaffen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ließ 20 Beamte ohne berufliche Fortbildung, (Kärm und Hörs. Hörs. links). Bei der Personalabbauverordnung und der Gehaltskürzung werden die Beamten nicht einseitig Opfer zugeworfen, während nichts geschieht gegen die Hochverdiener, die ihr Kapital ins Ausland verpacken haben.

Abgeordneter Vöhringer (Aml. Soz.) behält sich die ausführende Stellungnahme für die zweite Lesung vor und gibt lediglich eine Erklärung ab. Er nennt das Gesetz ein typisches Kind des Marxismus. Die Pensionskürzung beim Bestehen eines Privatvermögens bedeute, daß Arbeitswille und Arbeitsfreude bestraft werden. Am Schluß der Erklärung heißt es, daß die deutschnationale Fraktion den wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes nicht zustimmen könne.

Abgeordneter Torgler (Komm.) wirft den Nationalsozialisten vor, daß sie im Wahlkampf gleichfalls gegen die Beamten gehegt hätten. Die kommunalistische Partei verlange die Festlegung einer Höchstpension von 6000 Mark.

Abgeordneter Dr. Rönne (Ztr.) betont, daß in einer Zeit der allgemeinen Notstand von allen Schäden Opfer gebracht werden müßten. Auch an den hohen Pensionen dürfe man nicht vorbeigehen. Das Auftreten der Nationalsozialisten stehe in starkem Widerspruch zu ihrer Haltung im Wahlkampf, wo sie die hohen Pensionen heftig bekämpften.

Abgeordneter Dr. Morath (DZP) stellt fest, daß seine Partei den vorliegenden Gelegenheiten ablehnen müsse. Da sie an den Grundlagen des Berufsbeamtenwesens rüttelte, (Hörs. Hörs. l. Ztr.) Man sollte eine neue Beurteilung der Beamtenhöf durch ein Gesetz, das auch nur eine Verbeugung vor der Strafe sei, vermeiden, zumal die Beamten schon den Hauptanteil an den Opfern für das Reich aufbringen müßten.

Abg. Rau (München, Bayer. Sp.) hält es bei der großen Arbeitslosigkeit nicht für anständig, daß die Beschwer von Ruhegehalt und Wartegeld andere Menschen von Arbeit verdrängen. Der vorliegende Entwurf gehe darüber aber weit hinaus.

Darauf werden die Beratungen unterbrochen zwecks Vornahme der am Sonnabend zurückgestellten Abstimmungen zur Notverordnung.

Ein kommunalistischer Antrag, in der Notverordnung die Deckungsmöglichkeiten für den Haushalt und die Bestimmungen über die Beschäftigung von Einmännern für die Gemeinden zu streifen, wird in namentlicher Abstimmung mit 294 gegen 202 Stimmen abgelehnt.

Desgleichen wird namentlich abgelehnt über den kommunalistischen Antrag, die Höchstgrenze für alle Gehälter in öffentlichen Körperlichkeiten auf 8000 Mark und für Pensionen auf 6000 Mark festzusetzen.

Der Antrag wird mit 454 gegen 67 Stimmen abgelehnt. Die weiteren kommunalistischen Anträge, alle Vermögen über 500 000 Mark, Einkommen über 50 000 Mark, Divi-

den und Aufsichtsratsanteilen mit einer Sondersteuer von 20 Proz. zu belegen, werden mit 319 gegen 197 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

## Keine Weihnachtstriebe

Außenpolitische Debatte im Februar.

Berlin, 10. Dezember.

Das Ergebnis der gefrigen mit Spannung erwarteten Reichstagsabstimmungen war, daß die Reichsregierung nun sich dem Parlament gegenüber erneut durchzusetzen hat. Die außenpolitische Debatte ist in die Zeit nach der Genfer Konferenz, also auf Anfang Februar, hinausgeschoben worden. Es ist dem Druck, der von mehreren Seiten auf die Christlich-Sozialen ausgeübt wurde, gelungen, auch sie zum Einlenken zu bewegen, und selbst die Wirtschaftspartei, die noch vor wenigen Tagen ein Mißtrauensvotum eingebracht hatte, hat sich jetzt bereit gefunden, im Sinne der Regierungswünsche zu stimmen. In dieser Entwicklung dürften nicht zuletzt auch die Bemühungen des Oberpräsidenten Lutzschel-Dehriesen beigetragen haben, der gestern im Reichstag zu sehen war. Er ist zwar nicht, wie Berliner Blätter wissen wollten, mit einer Delegation nach Berlin gekommen, aber er hat doch, offenbar nicht ohne Erfolg, versucht, den Abgeordneten die schwierige Situation in Oberhiesler klar zu machen.

Wenn im gemäßigten Lager noch nicht klar war, daß bei diesem Reichstag eine außenpolitische Debatte vor der Genfer Konferenz einfach nicht möglich ist, ohne daß die deutschen Wirtschaftsaussprache von der Unmöglichkeit überzeugt. Der Reichstag war eine Stunde lang ein einziges Branden und Loben der radikalen Parteien, die sich gegenseitig mit Vorwürfen und Beschimpfungen überhäufelten. In politischen Kreisen der Mitte begrißt man es deshalb außerordentlich, daß die ganze Frage nun bis zum Februar vertagt worden ist. Selbst wenn sich die gefrigen Anträge und die Gehaltsabnahmeabstimmung am Mittwoch wiederholen sollten, ist sicher damit zu rechnen, daß sie die gleiche Wirkung zeigen werden. Dies gibt auch für die Behandlung der deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen Dr. Curtius, Dr. Birch und Treverman, die damit ebenfalls als auf Februar vertagt gehen können. Damit sieht man im Reichstag die Gerüst dafür gegeben, daß nun mit einer Weihnachtstriebe nicht mehr zu rechnen ist.

## Dingeldeg über Gegenwartsfragen.

Für Mitarbeit der Nationalsozialisten.

Magdeburg, 9. Dezember.

In einer Rede vor dem Vertreter der Magdeburger Arbeitervereine der Deutschen Volkspartei forderte der neue Parteiführer Dingeldeg weiter eine Stärkung der Gewalt des Reichspräsidenten gegenüber der Altkammi des

Color checker chart with patches labeled 'xrite colorchecker CLASSIC'. The chart includes a ruler at the bottom and various color and grayscale patches for photographic calibration.

anung auch der den Aufspurende aufens gegen die deutenshaft. Anforderungen zum Einstellungs-erum Anlaß zu

gen Fragen über die Teile des deut-Endung, sich jetzt Deutschland nur Grundgebung der, ohne die tiefe-nahmen Bolens-ge zum Ausdrud-land überhändlich-igen freieschafften-ehr bald Gültig-

erung nach einer-Unterwerde. Die-er für diese For-

beauftragt.  
n. 8. Dezember.  
nterlegungen mit-keinem Versuch einer Regierungsabstimmung gescheitert. Er hat noch um 1 Uhr nachts dem Staatspräsidenten einen Bericht abgefaßt und den von ihm erhaltenen Auftrag zur Bildung eines Kabinetts zurückgegeben.  
Der Entschluß Barthows, die Regierungsabstimmung abzulehnen, ist auf die Haltung der Radikalsozialisten zurückzuführen, die sich geweigert haben, mit der republikanisch-demokratischen Vereinigung (Gruppe Martin) in einem Ministerium zu sitzen.  
Gegenüber der Reichspress, die den Radikalsozialisten Furcht vor der Regierungsverantwortung vorwirft, verteidigen sich diese in ihrem Organ, der „Republik“. Das Blatt betont, daß sich die Partei bereit erklärt habe, an einer Konzentration teilzunehmen, die alle republikanisch-demokratischen Parteien umfasse. Wenn Barthow aber die Gruppe Martin mit